



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des Bisexuellen Netzwerks e. V.
zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019
17. Mai 2019**

- 1. Wie wollen Sie das Bewusstsein für bisexuelle Menschen in unserer Gesellschaft stärken?**
- 2. Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?**

Gemeinsame Antwort zu 1 und 2

CDU und CSU schreiben Menschen kein bestimmtes Familienmodell und auch keine sexuelle Orientierung vor. Wir respektieren die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens. Menschen sollen selbst entscheiden, wie sie ihr Zusammenleben gestalten und ihren Alltag organisieren. Verantwortung wird auch in anderen Formen des Zusammenlebens, die auf Dauer angelegt sind, übernommen und gelebt: Zum Beispiel durch Alleinerziehende, Patchwork-Familien, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften und die bestehenden eingetragenen Lebenspartnerschaften. Auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften verdienen Anerkennung. Diskriminierung gegenüber diesen Partnerschaften lehnen wir entschieden ab. Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie, ohne die Vielfalt der Lebenswirklichkeit auszugrenzen.

- 3. Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung sexueller Jugendlicher einsetzen? Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?**
- 4. Initiative zu sexueller Sichtbarkeit: Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Europa vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?**
- 5. Inwieweit fördern Sie die Forschung zum Thema Sexualität an den Universitäten? Welche Mittel stellen Sie dazu zur Verfügung? Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?**
- 6. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?**
- 7. Wie wollen Sie sexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?**

Gemeinsame Antwort zu 3 bis 7

Grundsätzlich gilt: CDU und CSU stehen für ein Europa der Werte und treten Diskriminierung – gleich welcher Art – entschieden entgegen. Bereits seit 2000 gibt es eine EU-Richtlinie, die einen weitreichenden Rahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung u. a. wegen der sexuellen Ausrichtung in Beschäftigung und Beruf vorschreibt.

Unabhängig von der o. g. Richtlinie gilt seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Verpflichtung aus der Europäischen Grundrechtecharta, nach der Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Ausrichtung im Anwendungsbereich des Europarechts verboten sind.

In Deutschland sind viele der geplanten Regelungen der neuen Antidiskriminierungsrichtlinie bereits seit Jahren durch das Allgemeine Gleichstellungsgesetz von 2006 im Arbeits- und Zivilrecht verankert.

Um einen wirksamen Diskriminierungsschutz in Deutschland sicherzustellen, wurde mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) die Antidiskriminierungsstelle des Bundes beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geschaffen, die sowohl als Ansprechpartner für alle von Diskriminierung Betroffenen fungiert, als auch mit eigenen Programmen zu einem Abbau von Diskriminierung beiträgt. Antidiskriminierung muss vor allem auf nationalstaatlicher Ebene geregelt werden.

Toleranz gegenüber Schwulen, Lesben, Transgendern und Bisexuellen sollte nach unserer Auffassung auch im Rahmen von Programmen zur Gewaltprävention Thema sein.

CDU und CSU sprechen sich dafür aus, Mobbing und Ausgrenzung durch Präventionsprogramme den Nährboden zu entziehen. Aufgabe der Schule ist es insbesondere, aufzuklären und nützliche Informationen bereitzuhalten. Das gilt für grundlegende Kenntnisse über Sexualität sowie für die Vermeidung von Gefahren und Gefährdungen durch ungefilterte Darstellungen in den digitalen Medien. Darüber hinaus können zahllose, auch anonyme Beratungsstellen sowie Ratgeber Hilfestellung leisten.

8. Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben? Kann es hier eine europaweite Regelung geben?

Antwort

Für CDU und CSU haben die Sicherheit der Blutprodukte und des Spenders sowie der Schutz eines meist schwerkranken Blutempfängers allerhöchste Priorität. Wenn diese garantiert sind, begrüßen wir grundsätzlich sämtliche Regelungen, die es mehr Menschen ermöglichen, Blut zu spenden.

9. Was tun Sie dafür, um besonders Jugendliche vor diesen „Therapien“ zu beschützen? Kann es da nicht ein europaweites Verbot geben? Und wie kann es in Zukunft schneller zu sinnvollen Entscheidungen kommen?

Antwort

Wir achten das Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen und lehnen „Umpolungs-“ oder „Konversionstherapien“ ab, insbesondere wenn diese an Jugendlichen vorgenommen werden sollen. Das CDU-geführte Bundesgesundheitsministerium plant, gemeinsam mit dem Bundesjustizministerium einen Vorschlag für eine Verbotsregelung für sogenannte Konversionstherapien gegen Homosexualität zu erarbeiten.

10. Wie schützen Sie LSBTI*, die Asyl in Europa beantragen?

Antwort

Die besonderen Schwierigkeiten, denen LSBTI*-Flüchtlinge, auch weibliche oder minderjährige Flüchtlinge ausgesetzt sind, stellen für Behörden wie Aufnahmeeinrichtungen eine große Herausforderung dar. CDU und CSU werben für Toleranz und wenden sich gegen homophobe Tendenzen genauso wie gegen jede Form der Diskriminierung von Flüchtlingen aufgrund deren sexueller Identität. Eine Sensibilisierung des für Flüchtlinge zuständigen Personenkreises halten wir grundsätzlich für ratsam und begrüßenswert.

11. Warum werden EU-Länder für menschenrechtsfeindliche Politik nicht stark sanktioniert? Planen Sie eine Änderung der laschen Sanktionen? Wie fordern Sie Men-

schenrechte für LSBTI* in anderen Ländern ein? Und wie können Urteile des Menschenrechtsgerichtshofs gestärkt werden?

Antwort

Die EU gründet auf Werten der Gleichheit und des Respekts. CDU und CSU unterstützen Initiativen zum Kampf gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

Gemeinsam mit den EU-Partnern setzt sich die Bundesregierung bereits seit Jahren in regionalen und internationalen Menschenrechtsgruppen gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ein.

Wir wollen, dass auch in Zukunft die Vertreter sowohl des deutschen Auswärtigen Dienstes, als auch des Europäischen Auswärtigen Dienstes bilateral und auch in multilateralen Foren wie dem VN-Menschenrechtsausschuss für die Rechte von trans-, inter- und bisexuellen Menschen eintreten. Sie sollen noch besser für diese Aufgabe sensibilisiert werden.

12. Inwiefern setzen Sie sich ein für die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaft in EU- und Nicht-EU-Ländern? Inwiefern setzen Sie sich dafür ein, dass andere Länder gleichgeschlechtliche Ehen einführen?

Antwort

Die in der EU-Grundrechtecharta festgelegten Rechte der EU-Bürger, wie die Freizügigkeit, dürfen nicht durch nationales Recht beschränkt werden. Daher müssen alle Mitgliedsstaaten im Ausland geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen bei EU-Grundrechten wie der Freizügigkeit rechtlich genauso behandeln wie heterosexuelle Ehen.

CDU und CSU schreiben Familien kein bestimmtes Familienmodell vor. Wir respektieren die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens. Menschen sollen selbst entscheiden, wie sie ihr Zusammenleben gestalten und ihren Alltag organisieren. Verantwortung wird auch in anderen Formen des Zusammenlebens, die auf Dauer angelegt sind, übernommen und gelebt: Zum Beispiel durch Alleinerziehende, Patchwork-Familien, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften und die bestehenden eingetragenen

Lebenspartnerschaften. Auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften verdienen Anerkennung. Diskriminierung gegenüber diesen Partnerschaften lehnen wir entschieden ab. Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie, ohne die Vielfalt der Lebenswirklichkeit auszugrenzen.

13. Warum sanktioniert die EU diese Einschränkung eines Menschenrechts nicht? Was tun Sie dafür, damit dies in Zukunft passiert?

Antwort

Europa gründet auf gemeinsamen demokratischen Werten. Medienfreiheit ist Grundlage für eine funktionierende Demokratie. CDU und CSU stehen ohne Wenn und Aber zur Pressefreiheit und erwarten, dass diese in allen EU-Ländern eingehalten wird.

CDU und CSU wollen europaweite Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten garantieren. Wir setzen uns dafür ein, dass diese für jedes Mitgliedsland künftig von einem unabhängigen Expertenrat regelmäßig überprüft werden. Bei schwerwiegenden, nachgewiesenen Verletzungen soll der betroffene Staat vor den Europäischen Gerichtshof gebracht werden. Im Fall einer Verurteilung muss es Sanktionen geben. Das Einstimmigkeitsprinzip in diesem Bereich wollen wir beenden. Das Verhängen solcher Strafmaßnahmen soll künftig nur durch eine Mehrheitsentscheidung vom Europäischen Parlament oder dem Ministerrat gestoppt werden können.